



Hausärztliche Versorgung sichern!

Interview mit Bürgermeister Rainer Bleek



Das gut besetzte Podium der WNK UWG Veranstaltung „Verbesserung der Hausärztlichen Versorgung in Wermelskirchen“ im Oktober 2018: Von links: Dr. Hermann J. Tebroke (Mitglied des Bundestags), Rainer Deppe (Mitglied des Landtags), Rainer Bleek (Bürgermeister), Stefan Kind (WNK UWG / Moderator), Tobias Hopff (Obmann der Hausärzte), Christian Madsen (Geschäftsführer Krankenhaus Wermelskirchen), Dr. Herbert O. Wiemer (Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein). Foto: Peter Meuter.

WNK UWG: Die WNK UWG hat das Thema der „Hausärztlichen Versorgung“ für die Bürger Wermelskirchens in den Fokus gerückt und um einen runden Tisch gebeten. Dieser ist installiert. Bitte beschreiben Sie einmal kurz die bisherige Zusammenarbeit und die gesteckten Ziele.



Bürgermeister Rainer Bleek

Bürgermeister Rainer Bleek: Auf Initiative der WNK UWG wurde ein runder Tisch zur hausärztlichen Versorgung durchgeführt. Resultat dieses Tisches war es dann, einen AK einzurichten, dem Herr Madsen (Geschäftsführer Krankenhaus), Herr Dr. Launhardt (Ärztlicher Direktor Krankenhaus) sowie Herr Dr. Hopff und Herr Meiss als Vertreter der niedergelassenen Ärzte angehören. Die Koordination liegt bei mir. Wir besprechen die Situation der haus- und fachärztlichen Versorgung und Fragen der Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus und niedergelassenen Medizinern beispielsweise im Kontext der ärztlichen Aus- und Weiterbildung. Ziel ist, über abgestimmte Vorgehensweisen eine gute ärztliche Versorgung in Wermelskirchen zu erhalten.

WNK UWG: Haupttriebfeder der Podiumsdiskussion der WNK UWG im letzten Jahr war auch die hausärztliche Unterversorgung in Wermelskirchen, die von dem Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) massiv bestritten wurde. Sie haben in der Runde vor den ca. 100 anwesenden Bürgern deutlich gemacht, dass Sie es anders sehen. Gibt es hier positive Entwicklungen und wenn ja, welche?

Bürgermeister Rainer Bleek: Die Unterversorgung war ja direkt aus den eigenen Statistiken der KV Nordrhein abzulesen! Danach hatte Wermelskirchen die schlechteste Versorgungsquote in ganz Nordrhein. Wir haben im ersten runden Tisch aber festgestellt, dass die reinen Verhältniszahlen differenzierter, auch kleinräumiger zu betrachten sind und andere Einflussgrößen, z. B. größere Praxen in Nachbarorten, mit betrachtet werden müssen. Danach gehen wir derzeit nicht von einer dringenden Problemlage aus. Wer dringend einen Behandlungstermin braucht, bekommt ihn auch zeitnah. Die demografische Entwicklung gerade der Ärzteschaft weist aber aus, dass wir in eine zunehmende Mangellage hineinkommen werden. Es werden mehr Ärzte in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen als neu ausgebildete nachkommen. Deshalb sind Anstrengungen erforderlich, um niederlassungswillige Ärzte in Wermelskirchen anzusiedeln.

WNK UWG: Das Thema Anreizsysteme für neue Hausärzte wurde kontrovers diskutiert. Was veranlasst die Stadt, damit wir (neben einer guten städtischen Infrastruktur) interessant für neue Hausärzte in Wermelskirchen werden?

Bürgermeister Rainer Bleek: Finanzielle Anreizsysteme, getragen von der Stadt, wären uns momentan in der Haushaltssicherung

rechtlich gar nicht erlaubt. Sie sind nach Meinung des Runden Tisches auch nicht erforderlich. Es gibt Förderprogramme der KV Nordrhein, die derzeit völlig ausreichen.

WNK UWG: Ein großes Thema bei der Podiumsdiskussion der WNK UWG war auch die Notfallpraxis, die durch Hausärzte bedient werden sollte. Hier ist es ja das Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger mit Bagatellerkrankungen nicht alle in der Notaufnahme des hiesigen Krankenhauses „landen“ und die Behandlung von wirklich Bedürftigen (Schwerkranken) hierdurch verzögert wird. Die Remscheider haben so etwas und wir? Wie sehen die Pläne aus, sind die Wermelskirchener Hausärzte bereit für diesen Schritt?

Bürgermeister Rainer Bleek: Wir haben das auch, unsere Hausärzte versehen ja schon Notdienste, im für uns zuständigen Evangelischen Krankenhaus in Bergisch Gladbach. Das wissen viele aber nicht oder scheuen die weiten Wege. Eine Kooperation mit Remscheid wäre zweckmäßig und wurde auch schon diskutiert, ist aber schwierig bis unmöglich, weil die Strukturen der Kassenärztlichen Vereinigung dem entgegenstehen. Und selbst wenn das gelingen würde: Viele würden trotzdem in Wermelskirchener Krankenhaus gehen, weil das näher und bequemer ist. Für eine eigene Notfallpraxis fehlen aber die personellen Mittel. Das Problem muss vom Bund oder vom Land gelöst werden.

WNK UWG: Das Thema des so genannten MRT beschäftigt viele Wermelskirchener. Die Sektorabgrenzung ambulante Behandlung versus stationäre Behandlung ermöglicht es unseren Bürgern nicht, einen ambulanten Termin im Krankenhaus Wermelskirchen wahrzunehmen. Betroffene Bürger müssten also,

z. B., nach Remscheid fahren. Gibt es hier zukünftig positive Änderungen zugunsten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger?

Bürgermeister Rainer Bleek: Ich gehe davon aus, dass MRT-Untersuchungen in absehbarer Zeit auch in Wermelskirchen möglich sein werden.

WNK UWG: Aktuell „geistert“ eine Studie der Bertelsmann Stiftung durch die Medien. Diese empfiehlt, die Zahl der Krankenhäuser zugunsten der Ausstattung zu reduzieren. Demnach könnten die Patienten in Deutschland der Studie zufolge mit weniger als der Hälfte der Krankenhäuser deutlich besser versorgt werden. Wie sehen Sie es? Müssen sich die Wermelskirchener nun Sorge um „ihr“ Krankenhaus in der Königstraße machen, zumal schon die Geburtsabteilung geschlossen wurde?

Bürgermeister Rainer Bleek: Ich halte den Vorschlag der Bertelsmann-Studie, kleine Krankenhäuser zu schließen und eine Verdichtung

auf Großkliniken vorzunehmen, für versorgungspolitischen Unsinn! Größe sorgt nicht automatisch für Wirtschaftlichkeit, und kleine Krankenhäuser brauchen wir für eine flächendeckende Versorgung. Schließlich wollen wir auch gleichwertige Lebensverhältnisse. Und auch in kleinen Krankenhäusern wird hervorragende Arbeit geleistet. Eine FAZ-Studie hat das für Wermelskirchen gerade bestätigt. Unser Krankenhaus zählt danach zu den besten 100 Häusern in Deutschland. Auch unser Krankenhaus ist in hohem Maße gefordert, wirtschaftlich zu arbeiten. Ein wesentliches Problem liegt in der nicht ausreichenden Investitionsförderung durch das Land. Da müsste mehr getan werden, um auch den Druck von der medizinischen Leistungsmenge zu nehmen. Solange in unserem Krankenhaus so gut gearbeitet wird wie bisher, brauchen sich die Wermelskirchener keine Sorgen machen. Die Schließung der Geburtshilfe hatte andere Gründe, im Wesentlichen den generellen Geburtenrückgang.

Ordnung muss sein, aber...

Sicherheit, Recht und Ordnung, Sauberkeit sind Kernthemen der WNK UWG FREIE WÄHLER.

Insofern steht die WNK UWG FREIE WÄHLER auch hinter dem Ordnungsamt und seinen Mitarbeitern und hat im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2019/2020 vier neue Stellen für den kommunalen Ordnungsdienst (KOD) beantragt.

Das heißt aber nicht, dass die WNK UWG FREIE WÄHLER alle Aktivitäten und Initiativen des Ordnungsamtes blind unterstützt. So hat Rüdiger Bornhold klar Position bezogen, als das Ordnungsamt sein riesiges Dienstfahrzeug da parken wollte,

wo Parken für Otto-Normalverbraucher bisher ein absolutes NoGo war und mit Knöllchen geahndet wurde.

Die WNK UWG FREIE WÄHLER weiß schon mit Aktivitäten des Ordnungsamtes differenziert umzugehen: sie vertritt die Position, dass sich das Ordnungsamt um die wirklich wichtigen Verstöße gegen die städtischen Satzungen wie Verschmutzungen, Zerstörungen, Belästigungen usw. kümmern sollte und nicht unbedingt wertvolle Ressourcen in die Überprüfung von Osterfeuern oder das Seifenkistenrennen in Dhünn stecken sollte.



Doppelhaushalt 2019/2020 abgelehnt

Erstmals in ihrer Geschichte hat die Fraktion der **WNK UWG FREIE WÄHLER** einen Haushalt der Stadt Wermelskirchen abgelehnt – und das aus guten Gründen:

Eine Mehrheit von CDU, SPD und GRÜNEN hat beschlossen, die Bürger in zwei Erhöhungsrunden der Grundsteuern und Gewerbesteuern bis 2023 um insgesamt 34 Mio.€ mehr zu belasten. Diese „Erhöhungsorgie“ war die Fraktion der **WNK UWG FREIE WÄHLER** nicht bereit, mit zu „feiern“.

Dies ist kein Wegstehlen aus der Verantwortung oder Wegducken vor unbequemen Entscheidungen, die **WNK UWG FREIE WÄHLER** kann ihre Entscheidung logisch und nachvollziehbar an vielen Punkten begründen:

- Nach Belgien hat Deutschland die **höchste Steuer-, Abgaben- und Gebührenlast**. Der „Steuerzahlergedenktag“ wandert immer

weiter nach hinten, sprich man arbeitet immer länger für den Staat und immer kürzer für sich. 2018 war es der 18. Juli, ab dem man für sich selbst arbeitete. Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** ist der

Meinung, die Bürger zahlen bereits genug für ihr Land und es ist genug Geld für die Erfüllung aller wichtigen Aufgaben da, so man es sinnvoll und gerecht einsetzt und verteilt!



- Bund und Land übertragen **immer neue Aufgaben mit immer höheren Standards** auf die Städte und Gemeinden, ohne die dafür benötigten Gelder zur Verfügung zu stellen.

Diese benötigten Gelder dürfen aber nicht zusätzlich aus den Taschen der Bürger kommen, der Bürger hat die Finanzierung dieser Aufgaben und Standards bereits über seine übrigen Steuern gezahlt!

- Ein vorsorgender wie auch im Ernstfall optimal funktionierender Brandschutz ist für die **WNK UWG FREIE WÄHLER** ein sehr wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Dazu gehören sowohl die personelle Ausstattung der hauptamtlichen wie auch freiwilligen Feuerwehr, deren Wertschätzung wie auch modernes Material und zeitgemäße Standorte.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** macht bereits seit 10 Jahren Vorschläge und hat Referenzen genannt, wie das neue Feuerwehrgebäude für Dabringhausen, das unstrittig nötig ist, für relativ kleines Geld erstellt werden könnte; die Vorschläge verhallten jedoch ungehört, gebaut ist das Gebäude leider bis heute immer noch nicht.

In den nächsten 5 Jahren sollen 7 Mio. € in die Verbesserung des Brandschutzes gesteckt werden. Für die **WNK UWG FREIE**

WÄHLER ist unbestritten, dass es bei Gebäuden und Material dringenden Nachholbedarf gibt. Beim größten Kostenblock, dem hauptamtlichen Personal, ist aber auch das die Standards setzende Land gefragt, die zur Erfüllung der Standards erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen. Auch sind kreative Lösungen gefragt, die freiwillige Feuerwehr attraktiv zu gestalten und zu stärken und zum Beispiel über Werbemaßnahmen neues Personal für sie zu gewinnen.

- Kinder sind unsere Zukunft und deren Bildung ist deren Zukunft! Die **Sekundarschule** ist neben dem Gymnasium als weiterführende Schule in Wermelskirchen unverzichtbar. Wermelskirchen muss als Bildungsstandort mit den Nachbarstädten wettbewerbsfähig, nein sogar besser sein. Deshalb hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** alle Beschlüsse zur Sekundarschule mitgetragen und wäre zur Finanzierung nur dieses Projektes auch bereit, die dafür benötigten Mittel der Jahre 2019 bis 2023 in Höhe von ca. 4,5 Mio.€ über Steuern zu generieren.

- Nachdem vor einigen Jahren bereits klar war, dass sich die

Die Unterbringung und Unterstützung von Flüchtlingen, insbesondere von Menschen, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, der Aufenthalt jedoch geduldet wird, verursacht auch in Wermelskirchen hohe, ungedeckte Kosten.

- **Straßenausbaubeiträge** lehnt die **WNK UWG FREIE WÄHLER** grundsätzlich ab. Es gibt sie in keinem anderen europäischen Land und auch nur noch in wenigen Bundesländern. Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** setzt sich gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler NRW dafür ein, dass die Straßenausbaubeiträge komplett abgeschafft werden.

Dem Ansinnen der Stadtverwaltung Wermelskirchen, das Verhältnis der Kosten von 50% Stadt und 50% Bürger zu Lasten der Bürger zu verschieben, hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** nicht zugestimmt.

Nur wer eine bessere Leistung bekommt, muss dafür mehr bezahlen, das ist hier nicht der Fall!

- Der Rat der Stadt hat ein **Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept (IHEK)** Innenstadt beschlossen. Das ist dem Grunde nach eine gute Sache, werden bestimmte Bereiche der Stadt aufgehübscht, saniert, anderen Nutzungen zugeführt. Auf 10 Jahre gerechnet geht man von ca. 100 Mio.€ Invest aus, davon 60-70% gefördert. Spannend ist nun die Frage, woher die übrigen 30 bis 40 Mio.€ Eigenanteil kommen. Da weitere Schulden

verboten sind, lautet die Antwort Steuereinnahmen. Auch die **WNK UWG FREIE WÄHLER** ist für zusätzliche Steuereinnahmen, aber nicht aus der Erhöhung der Steuerlast für die vorhandenen Bürger und Gewerbebetriebe sondern aus der Neuansiedlung von Bürgern und Betrieben.

Vor 10 Jahren hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** bereits ihr Konzept „Wermelskirchen – 40.000 plus“ vorgestellt und beantragt. Es sah die Ausweisung von Flächen für den Eigenheim-, Mietwohnungs- und sozialen Wohnungsbau wie auch die Ausweisung von Gewerbeflächen vor.

Da gute Ansätze aus der Politik von der Verwaltung jedoch als zusätzliche Arbeit oftmals nicht gern gesehen und vom politischen Gegner reflexartig aus Gründen des Neids abgelehnt werden, nahmen diese Initiativen den üblichen Weg der Beratungen: eingebracht, weggebracht, umgebracht.

- Grundsätzlich begrüßt die **WNK UWG FREIE WÄHLER** einen Jugendfreizeitpark, den es öffentlich gefördert am Standort des Tenter Sportplatzes schon längst geben könnte.

Lebensdauer des **Hallenbades** seinem Ende zuneigt, hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** Vorschläge gemacht, Referenzen genannt, Kontakte geknüpft, dass Wermelskirchen schnell ggf. im „Bestellpaket“ mit anderen Städten und Gemeinden ein neues Hallenbad für unter 10 Mio.€ Investitionskosten bekommt. Auch diese Vorschläge interessierten niemand, jetzt schlagen die Kosten nur für den Zeitraum 2019 bis 2023 mit 4,7 Mio. € zu Buche; die Gesamtkosten liegen über 17 Mio. €.

- Zur **Flüchtlingspolitik** von Frau Merkel gibt es zu Recht verschiedenste Auffassungen. Zunächst einmal gilt es aber festzuhalten, dass die Menschen, die jetzt zu uns gekommen sind – woher, wie und warum, zu Recht oder zu Unrecht – menschenwürdig versorgt werden müssen. Nicht akzeptabel ist jedoch, dass die Stadt Wermelskirchen jährlich auf über 1,0 bis 1,5 Mio. € Kosten sitzen bleibt, die Bund und Land nicht erstatten. Hierfür Steuern zu erheben, ist mit der **WNK UWG FREIE WÄHLER** nicht zu machen!

Im Haushalt heißt es dazu auf Seite 52:

Aber eine Mehrheit des Rates angeführt von SPD und Grünen bestand auf dem Standort Zenshäuschen.

Zwischenzeitlich wurde aus dem Park für 290.000 € ein Park für 718.000 €, was für die **WNK UWG FREIE WÄHLER** ein deutlich zu großer Schluck aus der Pulle ist.

- Leistet man sich dann noch aufgrund eines Organisationsversagens in der Verwaltung auf über 656.000 € **Beiträge für den Innenstadtausbau** zu „verzichten“ und gewährt man dem Investor des **Loches-Platzes** einen „Rabatt“ von über 1 Mio.€ auf den Kaufpreis, damit er sein ohnehin nur ausreichendes und im Hinblick auf Kirmes und Parkplätze mangelbehaftetes Projekt umsetzt, ist für die **WNK UWG FREIE WÄHLER** die Schmerzgrenze deutlich überschritten!

Politische Fehlentscheidungen, sachlich fachliche Fehler, Ignoranz, Neid und Unfähigkeit dürfen nicht durch Steuererhöhungen belohnt werden, während der Bürger gleichzeitig bestraft wird!

Insofern steht die **WNK UWG FREIE WÄHLER** zu Ihrer Entscheidung, den Doppelhaushalt 2019/2020 am 25. März 2019 im Rat abgelehnt zu haben.

Wir kümmern uns... ... auch um „Kleinigkeiten“ die die Bürger bewegen!



Nachdem **Sturm Eberhard** auch über den Stadtfriedhof gezogen war und einen Baum entwurzelt hatte, hob der Amtschimmel zum Wiehern an: bestimmte Kreise der Verwaltung versuchten tatsächlich die geschädigten Grabbesitzer in eine juristische Diskussion auf höchstem Niveau zu verwickeln. Dabei hatte die Verwaltung aber

nicht mit der **WNK UWG FREIE WÄHLER** gerechnet, die diesen Kreisen sofort den Stecker zog, den Bürgermeister anscrieb und um eine schnelle und unbürokratische Schadensregulierung bat. Dieser kamen Bürgermeister, Rainer Bleek, und Technischer Beigeordneter, Thomas Marner, umgehend nach. Vielen Dank dafür!



Eine **Mitfahrerbank** ist eine schöne Einrichtung, die es in unseren Nachbargemeinden Leichlingen, Burscheid, Odenthal und Kürten schon gibt. Sie ergänzt den traditionellen ÖPNV und kann auch Gebiete abdecken, wo der Bürgerbus nicht fährt. Mitfahrerbänke sind öffentlich zugängliche Sitzbänke an Strecken mit schlechtem oder fehlendem ÖPNV. Wer eine Mitfahrgelegenheit

sucht, setzt sich und äußert seinen Fahrtwunsch durch entsprechende Richtungsschilder an der Bank. Vorbeifahrende können dann entscheiden, ob sie die Person mitnehmen können und möchten. Auf Initiative von Olaf Allendorf, **WNK UWG**, wurde mittlerweile vom Rat beschlossen, einen Pilotversuch in Ellinghausen und Emminghausen durchzuführen.



Henning Rehse reinigte den seit Jahren verwahten **Wasserdurchlass und Containerstandort an der Goethestraße** von Wildwuchs und Schmutz.

Auch fordert Stefan Kind einen besseren Schutz der Fußgänger auf dem **Schulweg in der Wustbacher Straße**.



Um die **Pflege wie auch die Sicherheit und Ordnung der Hüppanlage** kümmert sich der Wahlkreisbetreuer der **WNK UWG FREIE WÄHLER**, Stefan Kind. Er hat beim Bürgermeister eine bessere Pflege des Grüns wie auch bei Herrn Landrat Santelmann eine stärkere Kontrolle der Anlage in Bezug auf „ungute“ Aktivitäten angemahnt.

Impressum:

Herausgeber: WNK UWG FREIE WÄHLER – Bürgergemeinschaft, c/o Stefan Kind, Dörpfeldstraße 14, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/8984401

Verantwortlicher Redakteur: Henning Rehse, Goethestraße 33, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/3933

Redaktion: Bettina Bernhard, Rüdiger Bornhold, Dr. Werner Güntermann, Hermann Opitz, Thorn Seidel, Dirk Wartmann

Fotos: Adobe Stock

Satz und Layout: print & neue medien, J. Wilhelm, Remscheid
Druck: Flyeralarm · Auflage: 17.000